



Nach dem Kaukasus-Krieg: Eine Zwischenbilanz

Fjodor Lukjanow

Zusammenfassung:

Der Kaukasus-Konflikt war mehr als nur ein bewaffneter Konflikt in einer spannungsreichen Region der Erde. Der Autor des Textes weist auf, dass in dieser Auseinandersetzung schlagartig alle Spannungen und Unzufriedenheiten zu Tage getreten sind, die sich zwischen Russland und dem Westen seit dem Ende der Sowjetunion angesammelt haben. Hierzu verdeutlicht er die dramatischen Wahrnehmungsunterschiede zwischen Russland und dem Westen, ebenso wie die konzeptionelle Wende der russischen Außenpolitik und die mangelnde Übereinstimmung strategischer Horizonte zwischen Russland und den USA.

Zum Autor: Fjodor Lukjanow ist Chefredakteur der Zeitschrift "Russia in Global Affairs" und einer der bekanntesten und einflussreichsten Kommentatoren der russischen Außenpolitik.

Viele russische Kommentatoren vergleichen den russisch-georgischen Krieg mit den Ereignissen am 11.09.2001, die die internationalen Beziehungen stark beeinflusst haben.

Der Anschlag der Terroristen auf das World Trade Center und das Pentagon und die Antwort der USA darauf vollbrachten keine Revolution in der Weltpolitik. Sie dienten jedoch als mächtiger Katalysator für alle Trends, die sich im Vorfeld dieser Ereignisse unterschwellig herauskristallisiert und akkumuliert hatten.

Georgiens Überfall auf Südossetien und die Gegenmaßnahmen Russlands haben das "Schachbrett" auch nicht umgeworfen. Der bewaffnete Konflikt deckte aber schlagartig alle Widersprüche, Unzufriedenheiten und inneren Spannungen auf, die sich im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen praktisch während der gesamten postsowjetischen Zeit angesammelt hatten.

Die Ereignisse werden unterschiedlich gewertet, alle Beobachter stimmen jedoch darin überein, dass die fünftägige bewaffnete Kollision zu einer weitreichenden Überprüfung der strategischen Konzepte der Parteien führen werde. Noch lassen sich die möglichen Wandlungen in der internationalen Arena schwer vorhersagen, man könnte aber einige Tendenzen feststellen, deren Weiterentwicklung das Zukunftsbild prägen wird.

Erstens hat sich ein dramatischer Wahrnehmungskonflikt abgezeichnet, der in seiner Tiefe ganz anders gelagert ist als die Meinungsverschiedenheiten, die es früher zwischen Moskau und den westlichen Metropolen gegeben hat.

In Russland ist zum ersten Mal seit langer Zeit ein fast völliger Konsens bei der Bewertung dieser Ereignisse zu beobachten. Nicht nur die politische Führung, sondern auch die überwiegende Mehrheit der Bürger betrachten das Vorgehen der russischen Armee und der russischen Füh-

rungsspitze als erzwungen (es habe keine Alternative gegeben) und absolut gerechtfertigt: im politischen, moralischen und sogar rechtlichen Sinne.

Deshalb ist die russische öffentliche Meinung aufrichtig schockiert durch die äußere Reaktion, dadurch, welche eindeutige Unterstützung Michail Saakaschwili, der alle nur möglichen humanitären und zivilisierten Veraltensnormen verletzt hat, im Westen genießt. Russische Politiker und Bürger (wichtig ist, dass es zwischen diesen und jenen diesmal sehr wenig Differenzen gibt) sehen darin nicht einfach Doppelstandards, die jeder Politik immanent sind, sondern einen unverblühten Zynismus, der den Rahmen der normalen politischen Praxis sprengt.

Dies kann weitreichende Folgen nach sich ziehen. Russland neigt dazu, nicht nur voll und ganz auf die Befolgung der westlichen Werte zu verzichten, sondern auch deren bloße Existenz zu leugnen.

Zweitens – und dies ist eine Folge des geschilderten Phänomens – machte sich in der russischen Außenpolitik eine konzeptuelle Wende bemerkbar.

Trotz zunehmender Schwierigkeiten im Verhältnis mit dem Westen bestand das strategische Ziel Vladimir Putins als Präsident darin, Russland in das internationale System – wirtschaftlich wie politisch – zu integrieren. Die Bedingungen einer solchen Integration veränderten sich, Russlands Ansprüche wurden größer, doch diese Aufgabe als solche wurde keineswegs aufgehoben. Dabei versuchte Putin immer und immer wieder, wenn auch in seiner sehr eigenartigen Manier, seinen westlichen Partnern etwas zu erläutern und zu beweisen, sie von der Richtigkeit der russischen Sicht der Dinge zu überzeugen. Dessen typisches Beispiel war seine berühmte Münchener Rede: In einer aggressiven und provokanten Manier wollte Vladimir Putin die westlichen Politiker zu einer offenen Diskussion über brisante Sicherheitsfragen animieren und ihre Aufmerksamkeit auf die russischen Argumente lenken. Sein Versuch blieb aber erfolglos.

Nach den Äußerungen Dmitrij Medwedews zu urteilen, ist Moskau nicht mehr gewillt etwas zu erläutern und die Richtigkeit seiner Schritte zu beweisen. Er informiert lediglich über Russlands Standpunkt, ohne sich auf eine emotionale Polemik einzulassen. Dies ist auf die Schlussfolgerung zurückzuführen, zu der die russischen Politiker gelangt sind: Es habe keinen Sinn mehr etwas zu erläutern, denn der Westen gibt sich nicht einmal die Mühe, die russische Logik wahrzunehmen.

Gerade durch diese psychologische Einstellung war auch die unerwartete und nicht geplante Anerkennung der Unabhängigkeit von Abchasien und Südossetien zu erklären. In den ersten Tagen versuchte Moskau gewissenhaft das Kosovo-Szenario zu kopieren. Die Argumente für den Einmarsch der Truppen, die Beschreibung der Situation und die angebotenen Schritte wiederholten Punkt für Punkt die Ereignisse 1999 und das Vorgehen des Westens zur Abtrennung eines Teils des serbischen Territoriums. Der Kreml hegte noch die Hoffnung, dass die USA und Europa ihre eigene Logik akzeptieren würden, auch wenn sie in russischer Ausführung zurückkehrt.

Das Hoffen blieb vergeblich. Keiner wollte Russland glauben, es wurde klar, dass der Kosovo-Weg (Resolution des UN-Sicherheitsrates – faktische Souveränität der umstrittenen Gebiete – Anerkennung der weiteren Verhandlungen als aussichtslos – Anerkennung der Unabhängigkeit) diesmal versperrt bleibt. Und dies trotz der frappanten Ähnlichkeit mit dem Jugoslawien-Fall und der aus Moskauers Sicht offensichtlichen Tatsache, dass die Führung in Tiflis gegen die westlichen Basiswerte verstoßen habe.

Der Wunsch, etwas zu beweisen und mit diplomatischen Mitteln durchzusetzen, wich dann der Bereitschaft, einseitig, auf eigene Faust zu handeln, ohne auf Abstimmungen zu warten.

Urteilt man nach Aussagen Dmitrij Medwedews, war das keine einmalige Ad-hoc-Entscheidung, sondern ein neues Verhaltensmuster. Statt "strategischer Partnerschaften", die sich in den letzten 15 Jahren

stark vermehrt haben, wird die strategische Selbständigkeit, die man auch als Alleingang bezeichnen könnte, zur Priorität. Man setzt sich keine Integrationsziele mehr, klarer und exakter denn je wird dafür das Ziel formuliert, die eigenen Einflussphären zu konsolidieren und die Positionen Russlands als "unabhängiger Pol" in der multipolaren Welt zu festigen. Der fünfte von den Grundsätzen der Außenpolitik, die Medwedew proklamiert hat, begründet das Anrecht Russlands auf Regionen mit "vorrangigen Interessen".¹

Diese Fragestellung richtet sich nicht gegen den Westen, die russische Politik büßt aber ihren Westzentrismus ein. Es wird also alle seine Schritte nicht mehr daran messen, wie sie sich auf das Verhältnis mit Europa und den USA auswirken.

Drittens trat das Problem des Fehlens zuverlässiger Verbündeter, von dem schon lange gesprochen wurde, mit aller Schärfe zutage. Es wäre überzogen, die Lage Russlands als internationale Isolation zu bezeichnen. Nur wenige Länder zeigten die klare Absicht Moskau zu bestrafen, während die übrigen eher nicht wussten, wie sie reagieren sollten. Russland sah sich jedoch offenbar in einem Vakuum. Sein Vorgehen wurde von niemandem unterstützt, gleichwohl die Motive hier unterschiedlich waren.

Moskau wird neue Prinzipien der Beziehungen mit den Ländern, auf deren Unterstützung es rechnen möchte, formulieren müssen. Der Aufbau ständiger Allianzen wird durch objektive Probleme erschwert: Praktisch jeder Staat hat in der globalen Welt seine eigenen spezifischen Interessen. Ein Versuch in dieser Richtung kann zwar unternommen werden, viel wahr-

scheinlicher jedoch ist die Bildung von Ad-hoc-Koalitionen, die die Lösung konkreter Aufgaben zum Ziel haben, denn das trägt der Spezifik der multipolaren Welt besser Rechnung.

Sollte es Russland nicht gelingen, die Haltung der führenden Länder zu seinen Gunsten zu verändern, besteht das Risiko, dass es Ländern näher kommt, denen gegenüber sich Russland sonst vorsichtiger verhalten hätte. Eine andere Gefahr besteht darin, dass Partner den "Alleingang" Moskaus ausnutzen könnten, um für ihre Unterstützung bestimmte Privilegien zu erwirken.

Viertens hat Russland zum ersten Mal nach dem Zerfall der Sowjetunion gezeigt, dass es fähig und bereit ist, außerhalb des eigenen Territoriums Gewalt anzuwenden, um die eigenen Interessen zu verteidigen. Nachbarstaaten sehen sich der Frage gegenüber, wie sie nun ihre Sicherheit gewährleisten können.

Das Dilemma ist klar. Die eine Möglichkeit ist die Suche des Schutzes bei Großmächten außerhalb der eigenen Region, wobei es sich nicht um allgemeinpolitische Unterstützung, sondern um vollwertige, d.h. verbindliche Sicherheitsgarantien handelt. Eigentlich kann nur von den Vereinigten Staaten die Rede sein, denn die Bereitschaft Europas an einem militärpolitischen Tauziehen teilzunehmen ist äußerst zweifelhaft.

Eine Alternative wären Verträge mit Russland, um von ihm solche Sicherheitsgarantien zu bekommen. Dadurch könnte man nicht nur einen Schutz gegen äußere Gefahren erhalten, sondern sich auch gegen Spannungen im Verhältnis mit dem mächtigen Nachbarn absichern.

Für Georgien und am ehesten auch für die Ukraine ist die Wahl klar: Sie haben sich für die NATO und die USA entschieden. Den anderen Nachbarstaaten stehen ernste Überlegungen bevor.

Russland wird eine nicht minder wichtige Frage beantworten müssen. Wie sind die Kriterien für jene wirklich lebenswichtigen Interessen, deren Schutz die Gewaltan-

¹ Anm. d. Red.: In einem Interview des russischen Präsidenten Dmitri Medwedew fasst dieser die russische Außenpolitik in folgenden fünf Grundsätzen zusammen: 1. Russland hält sich an internationales Recht, 2. Die Weltordnung muss multipolar aufgebaut sein, 3. Russland will keine Konfrontation mit einem anderen Land, 4. Russland wird das Leben und die Würde russischer Bürger verteidigen, 5. Russland nimmt für sich in Anspruch, vorrangige Interessen in bestimmten Gebieten zu haben. Quelle: http://www.kremlin.ru/appears/2008/08/31/1917_type63374type63379_205991.shtml

wendung rechtfertigt? Und wie weit will Moskau gehen, um die Dominanz des Westens in der Zone, die es für die Zone seiner vorrangigen Interessen hält, zu verhindern?

Fünftens hat das schroffe Vorgehen Russlands gezeigt, dass sich die Strategie des Westens zur planmäßigen Erschließung des geopolitischen Erbes der Sowjetunion erschöpft hat.

Die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten sehen sich ebenfalls einem Dilemma gegenüber: Entweder hart bleiben und zu einer umfassenden Eindämmung der neuen Ambitionen Moskaus übergehen oder mit Russland eine Interessenbalance suchen und sein Anrecht auf eine Sonderstellung im eigenen Einflussbereich anerkennen. Die Antworten auf diese Frage können in Europa und in Übersee stark auseinandergehen.

In den Reihen des Westens und seinen Hauptinstitutionen, vor allem in der NATO, zeichnete sich eine Spaltung ab. Die USA sind mit militärpolitischen Verpflichtungen überbürdet. Europa spaltete sich in zwei Lager: das der Entschlossenen und das der Gemäßigten. Dies erschwert die Entscheidungsfindung in der NATO und besonders in der EU.

Der Konflikt um Georgien kann als ein weiterer Anstoß zur Umgestaltung der Sicherheitsstrukturen dienen. Möglich ist eine Entwicklung hin zu bilateralen (USA plus willige Länder) oder regionalen (zum Beispiel Länder Mittel- und Osteuropas plus USA) Allianzen parallel zur NATO, die sich immer mehr in einen politischen Klub verwandeln wird.

Theoretisch ist eine Diskussion über ein neues Sicherheitssystem mit Beteiligung Russlands möglich. Gerade diese Variante bot Dmitrij Medwedew im Juni 2008 in Berlin an. Nach der Reaktion des Westens zu urteilen, ist sie heute praktisch unwahrscheinlich.

Sechstens machte sich ein konzeptuelles Problem der russisch-amerikanischen Beziehungen bemerkbar, und zwar eine

Nichtübereinstimmung ihrer strategischen Horizonte.

Russland ist eine Weltmacht mit regionalen Ambitionen. Das bedeutet, dass es bereit wäre, seine Potenzen in entfernten Regionen (Lateinamerika, Afrika, Naher und Ferner Osten) gegen Interessen in der angrenzenden Zone Europas und Eurasiens einzutauschen. Mit anderen Worten, man hat ein ungefähres Verständnis für die Hierarchie der Prioritäten.

Die USA sind eine Supermacht mit globalen Ambitionen. Die globale Ordnungsmacht hat keine zweitrangigen Interessen. Sie kann weder etwas opfern noch eintauschen, denn falls an einem Ort etwas zusammenbricht, ist der Dominoeffekt nicht auszuschließen. Deshalb müsse man alle anderen, soweit es geht, im Zaum halten.

Als Ergebnis kommt kein konstruktiver Dialog zustande. Die Versuche der USA, ihre führenden Positionen durch Kraftmeierei und die Entschlossenheit, alle nur möglichen Einflussbereiche (in der ganzen Welt) zu schützen, können zu einer raschen Eskalation der Spannungen führen.

Siebtens wurde eine Krise des Begriffsapparates der Weltpolitik sichtbar. Die Form stammt aus den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts: Fehlen einer Systemkonfrontation, strategische Partnerschaft, Bewegung zu einer einheitlichen, auf gemeinsamen Vorstellungen beruhenden Welt, Dominanz der Softpower über die Hardpower.

Der reale Inhalt aber erinnert nicht einmal an den Kalten Krieg (es gibt keine ideologische Konfrontation mehr), sondern an die Rivalitäten des 19. Jahrhunderts. Das ideologisch-politische Durcheinander verschlimmert nur die Ungleichgewichte, die sich in der Welt schnell mehren. Die Regeln und Normen der internationalen Be-